

Frau Bundesministerin  
Klara Geywitz  
Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen  
11014 Berlin

Herrn Bundesminister  
Dr. Robert Habeck  
Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz  
10119 Berlin

Berlin, 14.12.2022

Sehr geehrte Frau Bundesministerin, liebe Frau Geywitz,  
sehr geehrter Herr Bundesminister, lieber Herr Dr. Habeck,

anbei finden Sie eine gemeinsame Resolution der Kommunalen Spitzenverbände und aller maßgebenden Verbände der Planenden Berufe im Bauwesen zu der möglichen Streichung des § 3 Abs. 7 Satz 2 VgV.

Wir appellieren hiermit eindringlich an die Bundesregierung, nicht im vorseilenden Gehorsam den Argumenten der EU-Kommission zu folgen, sondern eine Klärung durch den Europäischen Gerichtshof herbeizuführen, um die sich ohnehin abzeichnende schwierige wirtschaftliche Lage im Planungs- und Bausektor nicht zusätzlich durch wirkungslose, aber aufwendige bürokratische Verfahren auf europäischer Ebene zu erschweren.

Die unterzeichnenden Verbände halten es im Übrigen für erforderlich, dass die Bundesregierung kurzfristig eine Klarstellung der Vergabeverordnung (VgV) dahingehend vornimmt, dass die EU-weite Vergabe von freiberuflichen Leistungen/Planungsleistungen erst ab einem EU-Schwellenwert in Höhe von 750.000 Euro (netto) erfolgt.

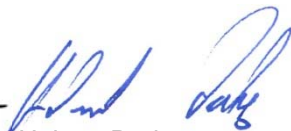
Anknüpfungspunkt ist die bereits geltende Regelung für soziale und andere besondere Dienstleistungen im Sinne des Anhang XIV der EU-Richtlinie 2014/24/EU. Es ist sachgerecht, dass Planungsleistungen/freiberufliche Leistungen als sonstige Dienstleistungen klassifiziert und dem Anwendungsbereich der vorgenannten Vorschrift zugeordnet werden. Dies würde die Anzahl europaweit auszuschreibender Aufträge aufgrund des für diese Dienstleistungen geltenden höheren Schwellenwerts in Höhe von derzeit 750.000 deutlich verringern. Wir verweisen an dieser Stelle auf den gleichlautenden Entschließungsantrag des Freistaates Bayern im Bundesrat vom 23.11.2022.

Selbstverständlich stehen wir hierzu gerne für einen vertiefenden persönlichen Dialog zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Andrea Gebhard  
Präsidentin  
Bundesarchitektenkammer



Helmut Dedy  
Hauptgeschäftsführer  
Deutscher Städtetag



Dr. Kay Ruge  
Stellv. Hauptgeschäftsführer  
Deutscher Landkreistag



Dr. Gerd Landsberg  
Hauptgeschäftsführer  
Deutscher Städte- und  
Gemeindebund

Berlin, 14.12.2022

### **Resolution zum Vertragsverletzungsverfahren Auftragswertberechnung**

Es zeichnet sich ab, dass sich Bundesregierung dem Druck der Europäischen Kommission im laufenden Vertragsverletzungsverfahren zur Abschaffung des § 3 Abs. 7 Satz 2 VgV beugen wird. Diese Streichung hätte zu Folge, dass bereits Planungsleistungen aller Fachgebiete für Bauvorhaben mit Baukosten ab ca. 1 Mio. Euro europaweit nach der VgV ausgeschrieben werden müssten. Dies führt zu einer deutlichen Mehrbelastung – auf Vergabe- und auf Auftragnehmerseite – und ist mit einem Mehr an Bürokratie samt Folgekosten verbunden. Solche kleineren Vorhaben richten sich an kleine und vor allem regionale Planungsbüros und entfalten keinerlei Binnenmarktrelevanz.

Die Streichung hätte damit gravierende Folgen für die Struktur der Architekturbüros mit erheblichen negativen wirtschaftlichen Auswirkungen.

- Die Bundesregierung wird daher aufgefordert der unverhältnismäßigen Forderung der EU – Kommission nicht nachzugeben und ggf. die Klärung der Rechtsfrage durch den EuGH abzuwarten.
- Die Landesregierungen werden aufgefordert, im Bundesrat einer möglichen Streichung des § 3 Abs. 7 Satz 2 VgV nicht zuzustimmen.

Im Namen der Mitzeichner der Resolution



Andrea Gebhard  
BAK-Präsidentin

Bundesarchitektenkammer  
Bundesingenieurkammer  
Bund Deutscher Architektinnen und Architekten  
Bund Deutscher Baumeister  
Bund Deutscher Innenarchitekten  
Bund Deutscher Landschaftsarchitekten  
Bundesverband Freier Berufe  
Bundesverband der öffentlich bestellten Vermessungsingenieure  
Bundesvereinigung der Prüferingenieure für Bautechnik  
Deutscher Städtetag  
Deutscher Landkreistag  
Deutscher Städte- und Gemeindebund  
Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung  
Ausschuss der Verbände und Kammern der Ingenieure und Architekten für die Honorarordnung  
Förderverein der Bundesstiftung Baukultur  
Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung  
Vereinigung Freischaffender Architekten Deutschlands  
Verband Beratender Ingenieure  
Verband Deutscher Vermessungsingenieure

